

## **V4 Anerkennung der AG Globalisierung und Krieg als bundesweite Arbeitsgruppe**

**Antragssteller\*in:** BAG Globalisierung und Krieg

### **Vorschlagstext**

Der Attac-Frühjahrsratschlag befasst sich erneut mit dem Antrag der AG GuK, reflektiert die gesellschaftliche Bedrohung durch Aufrüstung und Krieg, und beschließt die erneute Anerkennung der BAG Globalisierung und Krieg.

### **Begründung**

In der BAG GuK arbeiten u. a. Vertreter\*innen bundesweiter Friedensorganisationen - wie DFG-VK und IPPNW- aktiv mit , Organisationen, die Teil des globalisierungskritischen Netzwerks Attac sind - ebenso wie auch Pax Christi und die Informationsstelle Militarisation (IMI). Wer die Positionen dieser Organisationen zu den aktuellen Kriegen kennt, weiß, dass sie denen unserer AG sehr nahestehen. Eine grundlegender Kritikpunkt an der kapitalistischen Globalisierung war für Attac zumindest in den ersten 15 Jahren die Durchsetzung von Interessen der Global Player mit militärischen Mitteln (vgl. Maria Mies, „Lizenz zum Töten“ ).

Sinn und Inhalt der Arbeit der GuK ist – auf der Grundlage der ökonomischen Analyse – insbesondere diese Seite der Globalisierung zu thematisieren, die die Ursachen und Hintergründe der derzeitigen Aufrüstung und der meisten Kriege darstellt. Durch Aufklärung solcher Zusammenhänge mit ihren menschenfressenden und umweltvernichtenden Auswirkungen wollen wir einen inhaltlich spezifischen Beitrag zur globalisierungskritischen Bewegung insgesamt leisten. Wir sind parteiisch, nämlich gegen Aufrüstung und Gewalt in den internationalen Beziehungen und nehmen Stellung zu den aktuellen Fragen, wie etwa dem Krieg in der Ukraine oder in Palästina/Israel, notwendigerweise im Widerspruch zur deutschen Regierung und zur NATO-Politik. Wir sind aber unparteiisch, wenn wir uns für die Beachtung von Sicherheitsinteressen beider Seiten im Russland-Ukraine-Konflikt aussprechen. Das Gleiche gilt für die Forderung nach einer gerechten Lösung im Nahost-Konflikt, die die Rechte und Interessen der palästinensischen wie der israelischen Bevölkerung berücksichtigt. Die Benennung des jahrzehntelangen Unrechts am palästinensischen Volk hat nicht im Entferntesten etwas mit Antisemitismus zu tun (vgl. Wolfgang Benz, FR 31.08.2023 ). Angesichts der exorbitanten Steigerung von Rüstungsausgaben und von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete erscheint uns dieser Bereich der Globalisierungskritik dringlicher denn je.

Mit Sorge beobachten wir, dass der KoKreis sich von dieser grundsätzlichen Position , wie sie 2002 in der „Attac-Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“ formuliert und 2006 bekräftigt wurde, immer weiter entfernt. KoKreis und Ratsmehrheit nehmen offenbar an, der kapitalistischen Globalisierung auch ohne Kritik von Aufrüstung und Krieg entgegenzutreten zu können. In Grundsatzpapieren findet dieser Themenbereich kaum noch Beachtung; aus dem Aktions-Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ hat sich der KoKreis zurückgezogen, weil dort im jüngsten Aufruf die Lieferung von Angriffswaffen in die Ukraine klar abgelehnt wurde. Wortführer des KoKreises verbreiten eher Kritik an Friedensorganisationen als am gefährlichen Handeln von NATO und Bundesregierung. Und was sollen wir davon halten, wenn ein langjähriges KoKreis-Mitglied schreibt, „jede Panzerfaust die in der Ukraine einen russischen Panzer trifft ist eine gute Panzerfaust.“?

Den Vorwurf, den Dialog innerhalb Attac zu verweigern, halten wir nicht für berechtigt. Zum einen hat unsere AG einen Vertreter des KoKreises in unseren Aktiven-Kreis aufgenommen (Hendrik), und ihn selbstverständlich an all unseren Diskussionen und Entscheidungsprozessen beteiligt. Zum anderen haben wir in den letzten Jahren zwei öffentliche Tagungen (in Frankfurt/M) organisiert, zu denen selbstverständlich die Mitglieder des KoKreises eingeladen waren, und immerhin hat Carmen Junge auch einmal teilgenommen und dabei Interesse an Dialog signalisiert. Allerdings haben wir danach nichts mehr davon gehört. Wir hoffen, dass wir unseren befreundeten Friedensorganisationen von einer Entscheidung des Ratschlags berichten können, der die weitere Friedensarbeit auch in und mit Attac ermöglichen wird.